

Die  
socialle Selbsthülfe

nach der Lehre Ferdinand Lassalle's.

Ein Beitrag

zur Klärung der öffentlichen Meinung

von

F. W. Fritzsche,

Cigarrenarbeiter.



Leipzig,

Selbstverlag des Verfassers.

510

1917-1918

...

Bevor ich das Thema berühre, welches der gegenwärtigen Arbeit zu Grunde gelegt ist, habe ich mich zu rechtfertigen, warum ich es übernommen habe, dasselbe öffentlich zu besprechen, da es doch wissenschaftlich gebildete Männer genug in Deutschland giebt, welche darüber zu schreiben nicht allein berechtigt, sondern auch verpflichtet sind.

Diese Verpflichtung existirt allerdings, aber wie wird sie erfüllt? Die große Masse unsrer Volkswirthschaftslehrer scheinen von dem Grundsatz geleitet zu werden: „Das Volk muß in seiner Dummheit erhalten werden!“ und deshalb legen sie die Resultate ihrer Forschungen in Werken nieder, die nur einigen Wenigen, den Begüterten, zugänglich sind, in deren Nutzen es liegt, die Verbreitung social reformatorischer Ideen zu verhindern. Bei diesen Letzteren steht ein Troß von Soidschreibern in Diensten, welche sich Literaten, Zeitungsredacteurs, Correspondenten u. nennen, vielmehr aber den Namen „Landsknechte der Bourgeoisie“ verdienen. Diese Individuen müssen auf Befehl von Oben die durch die Wissenschaft festgestellten Grundwahrheiten so verballhornen\*) [verschlechtern], daß das gerade Gegentheil daraus wird.

Einige wenige Gelehrte machen davon eine rühmliche Ausnahme, und selbst auf die Gefahr hin, von den traurigen Rittern der Feder, den Handlangern der Bourgeoisie, mit Noth beworfen und begeistert zu werden, haben sie den Massen die Wahrheit gepredigt. Aber die systematisch betriebene Verdummung der Massen lassen einem großen Theile derselben die Sprache der Wissenschaft nicht verstehen und die Kluft zwischen der Sprache der Gebildeten und der Umgangssprache des Volkes ist noch eine so große, daß es gleichsam eines Dolmetschers bedarf, um die Gedanken den Massen anschaulich zu machen, damit sie dieselben in sich verarbeiten und so geistige Nahrung aus ihnen saugen und zu ihrer Erhaltung verwenden können.

Bei Beurtheilung des vorliegenden Schriftchens möge also der geehrte Leser stets im Auge behalten, daß ich nur als Dolmetscher, mithin die Sprache spreche, die uns Arbeitern verständlich ist.

---

\*) Dies Wort ist abgeleitet von dem Namen des Herausgebers einer Kinderfibel, in der ein Hahn abgebildet ist, der mit lautem Schrei der Welt verkündet, daß er eben ein Ei gelegt hat, und seitdem vererbt sich der Name Walkhorn auf alle geistigen Cretins (Mißgeburten).

Die Form der Darstellung bitte ich nachsichtig zu beurtheilen, hingegen die qualitative Beschaffenheit des Inhalts der strengsten Kritik zu unterziehen, indem ich das Letztere für eine der Sache selbst zu gute kommende Nothwendigkeit halte.

Nach dieser Einleitung oder vielmehr Entschuldigung, daß ich mir die Freiheit nehme, meine und anderer Leute Gedanken schriftlich zu verbreiten, ohne zur Zunft der Federhelden zu gehören, erlaube ich mir, auf die Sache selbst zu kommen und gleich von vorn herein, wie man im gewöhnlichen Leben zu sagen pflegt, den Stier bei den Hörnern zu packen.

„Erst komme ich, dann komme ich noch einmal, dann kommt erst mein Hund, und bleibt dann noch etwas übrig, so will ich mir die Mühe geben, zu bedenken, ob dies mein Nächster bekommen soll oder ob es nicht besser ist, ich behalte es auch noch!“ Das ist in kurzen Zügen das Prinzip, das die Gegner der Social-Demokratie ihrer Volkswirtschaftslehre zu Grunde gelegt; es ist ihre Religion. — Ihre Religion? Ja wohl, Gott, Unsterblichkeit, Moral, Alles, Alles unterordnet der „Selbsthülfler“ seinem obersten der Götter, seinem Ich, und darum ist auch der Staat für ihn nur da, um seinem lieben Ich den Kampfplatz freizuhalten, um sein theures Ich wie ein Nachwächter zu hüten, damit es nicht gestört werde in der Selbsthülfe, die auf dem Ruin der Mitmenschen fußt.

Dies ist wiederum mit wenig Worten des „Selbsthülflers“ Idee vom Staate. Wie könnte er nun wohl bei solcher Anschauung zugeben, daß dieser Staat seine Hülfe den Massen angedeihen lassen soll, der ihn ja befähigen soll, auf Kosten seiner Mitmenschen sich zu einem Schlaraffenleben emporzuarbeiten? Nicht für die allgemeine Freiheit, nicht für das allgemeine Wohl hat der Staat nach seiner Idee zu sorgen; vielmehr ist nach ihm der Zweck des Staates, die Freiheit des Staatsbürgers und das Wohl des Staatsbürgers im ausgedehntesten Maße zu sichern, resp. zu fördern; also nicht einmal der Staatsbürger! —

Nun zählt er aber auch zu Staatsbürgern nur solche Individuen, die sich, in Anbetracht ihres Vermögens, mit einer geringen Summe, in Form von Abgaben, das Staatsbürgerrecht erkaufen, und darin hat er Recht, denn so lange in einem Staate noch ganze Klassen, ja auch nur Einzelne von den Rechten ausgeschlossen sind, durch welche sie Einfluß auf die Gesetzgebung haben, kann man auch nicht sagen, daß Alle Staatsbürger sind.

Ein solcher Bourgeoisstaat würde aber seinem Zwecke vollständig entgegenhandeln, wollte er der Masse beistehen, sich materiell emporzuarbeiten; er wäre sein eigener Todtengräber. Hieraus wird:

nun wohl Jedem erklärlich werden, warum sich die materiell Bessergestellten in der Gesellschaft gegen die Staats'hülfe sträuben.

Was ist nun aber der Staat nach Ansicht der Social-Demokratie?

„Eine große Genossenschaft der Bewohner eines Landes, deren Zweck es ist, die Einzelnen in den Stand zu setzen, eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als Einzelne niemals erreichen könnten, sie zu befähigen, eine Summe von Bildung, Macht und Freiheit zu erlangen, die ihnen sämtlich als Einzelnen schlechtthin unerreichbar wären. Er sollte die Einrichtung sein, in welcher die ganze Tugend der Menschheit sich verwirklichen soll.“  
(F. Passalle und A. Boeckh.)

Zu diesem Zweck hat der Staat wohl das Recht, die Freiheit des Einzelnen so weit zu beschützen, als es mit dem Wohle Aller verträglich ist; er hat aber auch die Verpflichtung, da, wo die persönliche Freiheit der Allgemeinheit schädlich wird, eine Beschränkung der Freiheit der Einzelnen eintreten zu lassen, damit die Schwachen gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die Starken geschützt werden. Um dies zu können, ist der heutige Staat so umzuformen, daß er den Ersteren in dem Kampfe gegen die bevorzugte Stellung der Stärkeren die nöthigen Waffen liefern kann, als da sind geistiges und materielles Kapital; Ersteres durch gleichen, unentgeltlichen Volksunterricht, Letzteres durch Vorschub von Wertmitteln (Geld etc.). Ohne diese Waffen würden auch die strengsten Gesetze unausführbar sein. Als Beweismittel für das Gesagte führe ich hier nur an, daß der Staat trotz der Wuchergesetze, welche eine Zinsbeschränkung enthielten, dennoch selbst dem Wucher in die Hände gefallen ist.

Bevor ich zur Beantwortung der Frage übergehe, auf welche Weise nach Ansicht der Social-Demokratie der Staat den Arbeitern Unterstützung oder Hülfe gewähren soll, will ich voraussenden, daß die Worte Staats'hülfe, Staatsunterstützung eigentlich durchaus das nicht bezeichnen, was die Social-Demokratie erstrebt, sondern daß es Staatsintervention und Staatscredit heißen muß.

Warum diese Wortklauberei? werden diejenigen fragen, welche in das Wesen des heutigen Socialismus eingeweiht sind; ihnen diene zur Antwort, daß ich gegenwärtige Schrift eigentlich nicht für sie, sondern für die schreibe, denen das volle Verständniß der Social-Öconomie fehlt und bei denen die Presse, die lediglich von unsern Gegnern beherrscht wird, gerade das Wort „Staats'hülfe“ als die uns gefährlichste Waffe, gegen uns, und zwar mit Vortheil, in Anwendung gebracht hat. Ich habe mit sogenannten gebildeten Leuten gesprochen, die, wie der größte Theil unserer Gegner, glaubten, indem wir Hülfe vom Staate verlangten, wollten wir, der Staat solle den

Arbeitern das Arbeitslohn garantiren, so daß, wenn Krisen eintreten, wo das Lohn herabgedrückt wird oder die Arbeit gänzlich aufhört, der Staatsfädel den Arbeitern die zu ihrer vollständigen Existenz nöthigen Mittel verabreiche. Und welches Beamtenheer müßte der Staat zur Ueberwachung und Verwaltung eines solchen Institutes halten! rufen sie mit Entsetzen. Andere haben wenigstens so viel aus dem Geschreibsel unserer Gegner profitirt, daß sie bedauernd auf uns herabblicken und mit dem Anschein hoher Weisheit sagen: „Das Ganze ist weiter nichts, als eine zweite Auflage der in Frankreich so schmälig zu Grunde gegangenen Nationalwerkstätten des Louis Blanc, und mit solchen illusorischen Projecten lassen sich die exaltirten Unzufriedenen, weil ihnen gründliche Bildung mangelt, zu freiheitsfeindlichen Unternehmungen verleiten.“ Dies betet die Menge gedankenlos nach, obgleich von Lassalle in seinem Arbeiterlesebuche (Reinhold Baist, Frankfurt a. M.) auf das Bestimmteste, mit Angabe der Quellen, nachgewiesen ist, daß diese Nationalwerkstätten von den Gegnern Louis Blanc's, organisiert und geleitet wurden, wobei sie die bestimmte Absicht leitete, die Arbeiter des Einkusses des Letztern zu entziehen und die socialistischen Ideen als in der Wirklichkeit unausführbar darzustellen. Nun kann zwar nicht geleugnet werden, daß man auch freigebildete Associationen, die den von Lassalle vorgeschlagenen theilweise ähnlich waren, in Frankreich nach der Junischlacht unterstützte; aber man bewilligte hierzu im Ganzen 3 Millionen Francs, und diese Summe wurde zum Theil in die Hände von Fabrikanten gelegt, welche ihren Arbeitern einen Antheil am Gewinn versprachen; das Uebrige erhielten Associationen von geringer Mitgliederzahl, welche das Princip der Associationen am wenigsten rein vertraten, während Arbeitergenossenschaften, bei denen das Gelingen des Experiments am nächsten lag, nichts erhielten. „Man hat Hunderte von Belegen dafür, daß der Staat diese nur 3 Millionen für ein Experiment geopfert hat, dem er keinen Erfolg wünschte, ja, von dem er heimlich hoffte, daß es mißglücken sollte.“ (Engländer.)

Indem ich oben als genaue Bezeichnung dessen, was die Social-Demokratie in Bezug auf die Umgestaltung der socialen, das ist, wirtschaftlichen Gesellschaftseinrichtungen, vom Staate verlangt, die Worte Staatsintervention (Staatsvermittlung) und Staatscredit gebrauchte, gab ich in diesen beiden Worten über die Bestrebungen der Socialisten eine hinlängliche Erklärung für diejenigen, welche im Denken schon eine gewisse Uebung erlangt haben; da ein größerer Theil der Arbeiter aber durch unsere Zeitungsliteraten daran gewöhnt worden ist, nur das als richtig und wahr zu betrachten,

was ihnen gedrückt vor Augen geführt wird; daß das aber, was sie durch eigenes Denken gefunden haben, weil sie keinen Pantektenstaub geschluckt und kein Gaudeamus igitur hierselig bei Fackelschein gebrüllt haben, niemals lautere Wahrheit sein könne, so bin auch ich genöthigt, eine eingehendere Erklärung folgen zu lassen. Daß man die Wahrheit dessen, was ich schreibe, anerkennen wird, ist freilich noch zu bezweifeln, denn mir fehlt ja die Autorität der Schulbank- und Kathederweisheit.

Wie der Staat die Verpflichtung hat, für das geistige Wohl seiner Angehörigen, durch Gesetze den Volksschulunterricht und die Einrichtungen der höheren Unterrichtsanstalten zu regeln, ebenso kann man ihn nicht davon entbinden, für das materielle Wohl seiner Angehörigen zu interveniren, d. h. durch Gesetze diejenigen Einrichtungen im Staate zu vermitteln, welche das materielle Wohlsein der Gesamtheit befördern. Die leidenschaftlichen Vertreter der bestehenden gesellschaftlichen Zustände werden nun zwar behaupten, daß ein Eingreifen des Staates in die socialen Einrichtungen das Privateigenthum gefährde, die individuelle Freiheit beschränke und alle Gesetze, welche den ausgesprochenen Zweck haben, die socialen Unterschiede zu mildern, mit Abscheu für communistisch erklären, selbst wenn sie auch die Grundlage des Privateigenthums heibehalten. Derartige Einwürfe können uns in unserer Agitation durchaus nicht stören, denn dieselben Leute, die heute die Abänderung der Gesetze zu Gunsten der Gesamtheit in die Acht erklären, werden morgen die stärksten Beeinträchtigungen des Privateigenthums für den augenblicklichen Vortheil der Gesamtheit durchaus nicht als communistisch betrachten, sobald der wesentliche Vortheil aus denselben den Personen der bevorzugten Classen zu gute kommt. Wir erinnern hierbei nur an die Expropriationen zu Gunsten der Eisenbahnunternehmungen, an das Bergrecht u., bei denen unbemittelte Grundeigenthümer nur schwer zu ihrem vollen Rechte gelangen können.

Daß selbst ein großer Theil der Arbeiter dieselbe Anschauung hat, kann den nicht Wunder nehmen, der weiß, auf welche Weise die öffentliche Meinung gebildet wird. Um für unsere Ansichten die Theilnahme der Menge zu gewinnen, wollen wir von jetzt ab, wo es sich um solche Anschauungen handelt, die mit der jetzt noch herrschenden Meinung in Widerspruch sind, eine Autorität anziehen, deren Name einen vollen, guten Klang bei den National-Deconomen hat; nicht der Name Cassalle ist es, denn den haben ja die feilen Federknechte der Bourgeoise bei einem Theile der Arbeiter in Mißcredit zu bringen gewußt; nein, es ist ein Name, den Cassalle selbst oft citirt und den man noch nicht in den Roth getreten hat,

weil — nun weil er eben noch nicht, wie dieser, zu den Massen gesprochen, sondern seinen Gedankenreichthum, seine hohe wissenschaftliche Erkenntniß in Werken niedergelegt hat, die fast einzig nur den Gelehrten zugänglich sind. Vorzüglich aber ziehe ich ihn an, damit die Arbeiter endlich sehen, daß auch unter andern Nationen consequente Denker zu ähnlichen Resultaten gelangt sind, wie der deutsche Apostel der Unterdrückten — Ferdinand Lassalle.

Ich citire ihn nun zuerst, um zu zeigen, wie sich nach seiner Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge die herrschende Meinung über das Eigenthum, welche die Grundlage der gesellschaftlichen Einrichtungen ist, bildet. In seinem Buche über die Freiheit sagt J. St. Mill:

„Auf die Meinungen der Menschen über das, was löblich oder tadelnswerth, wirken alle die verschiedenartigen Ursachen ein, die ihre Wünsche in Beziehung auf die Handlungsweise Anderer berühren, und diese sind ganz eben so zahlreich, wie die Beweggründe, die ihre Wünsche über irgend einen andern Gegenstand bestimmen. Manchmal ihre Benunft — ein anderes Mal ihre Vorurtheile oder Einbildungen, häufig ihre gesellschaftlichen Neigungen, nicht selten ihre gesellschaftlichen Abneigungen, ihr Neid oder ihre Eifersucht, ihre Anmaßung oder ihr Hochmuth, am häufigsten aber ihre Wünsche oder Befürchtungen für sich selbst — ihr gerechtfertigtes oder ungerechtfertigtes Eigeninteresse. Wo immer eine Classe über alle anderen hervorragt, bildet sich das sittliche Bewußtsein des Landes zum guten Theil nach ihren Vorurtheilen und nach dem Bewußtsein der Ueberlegenheit dieser Classe. Das Sittengesetz zwischen Spartanern und Heloten, zwischen Pflanzern und Negern, zwischen Fürst und Unterthan, zwischen Bornehm und Böbel, zwischen Mann und Weib ist großentheils aus diesen Classen-Vorurtheilen und Gefühlen erwachsen, und die so erzeugten Anschauungen wirken dann wieder zurück auf das sittliche Gefühl in den gegenseitigen Beziehungen der Mitglieder der hervorragenden Classe.“

Alle die hier von dem englischen Nationalöconomen angeführten Classen-Gegensätze sind bei weitem nicht so enorm, wie tief sie sich auch im Laufe der Jahrhunderte in die Gesellschaft eingebürgert haben, wie der heutzutage hervortretende Unterschied zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden. Wenn man dies bedenkt, so wird man leicht begreifen, wie gewaltig die Vorstellungen der Massen über das Eigenthum und seine Vertheilung beeinflusst sein müssen, von dem Interesse der Besitzenden, und diese Vorurtheile sind um so schwieriger auszurotten, als unsere dormaligen Gesellschaftseinrichtungen



eine scheinbar individuelle Freiheit gewähren, sich in die Classe der Besitzenden emporzuarbeiten, und als die Geistlichkeit in Schule und Kirche bemüht ist, diesen Unterschied von Arm und Reich, selbst da, wo er in schreckenerregender Weise auftritt, wie in England, für eine „göttliche Ordnung“ auszugeben, was freilich im schroffsten Widerspruch mit der Lehre Christi steht. Dem entgegen erklärt Mill die Vertheilung des Vermögens ausdrücklich für das Wert wandelbar menschlicher Anordnungen:

„Wenn die Dinge einmal da sind, so können die Menschen, individuell oder in Gesamtheit, mit ihnen verfahren, wie sie es für gut finden. Sie können dieselben zur Verfügung eines Jeden stellen, wie es ihnen gefällt und unter beliebigen Bedingungen. Ferner kann in einem gesellschaftlichen Zustande, in jedem Zustande, mit Ausnahme einer völligen Einsamkeit, jegliche Verfügung über jene Dinge nur unter Zustimmung der Gesellschaft stattfinden, oder vielmehr Derjenigen, welche über die thätige Gewalt der Gesellschaft verfügen. Selbst dasjenige, was eine Person allein durch ihre eigene Bemühung ohne Beistand Anderer hervorgebracht hat, kann sie nur mit dem Willen der Gesellschaft behalten. Nicht nur kann die Gesellschaft selbst es ihr nehmen, sondern auch andere Individuen könnten und würden es ihr wegnehmen, wenn die Gesellschaft sich nur passiv verhielte, wenn diese nicht in ihrer Masse oder durch dieserhalb angestellte und bezahlte Leute dazwischen träte, um den Einzelnen gegen Störung in seinem Besitze zu schützen. Die Vertheilung des Vermögens hängt daher von den Gesetzen und den Gewohnheiten der Gesellschaft ab. Die Regeln, wonach sie bestimmt wird, sind der Art, wie die Meinungen und Gesinnungen des Gemeinwesens solche gebildet haben, und in verschiedenen Zeiten und Ländern sehr verschieden; wenn die Menschen es wollten, so könnten sie selbst noch verschiedener sein.“

Aus dem Vorgesagten geht nun wohl für jeden Verständigen hervor, daß die Massen sich vor Allem zu emancipiren haben von dem ihnen anezogenen und von den bevorzugten Classen ihnen aufgedrängten Vorurtheil, als sei es eine Ungerechtigkeit, die Gesetze derart zu ändern, daß eine allseitigere, die schroffen Gegensätze von Arm und Reich in etwas nivellirende (ausgleichende) Vertheilung des Gesamtvermögens angehabt werde. Hat dies einmal die Masse begriffen, dann hat die Staatsintervention auch bei ihr, wie jetzt schon bei den intelligenteren Arbeitern, das Schreckbare verloren.

Das Recht des Staates, zu Gunsten der nothleidenden Massen zu interveniren, habe ich, soweit es der Raum gestattet,

hoffentlich genugsam nachgewiesen, doch ist damit die Frage: „Ob Staatsintervention oder nicht?“ noch nicht erschöpft; denn es kann Jemand ein Recht auf irgend etwas haben, aber nicht gewillt sein, dasselbe auszuüben, weil er meint, er habe keine Verpflichtung dazu zc. Da wir nun die Vermittelung des Staates verlangen, so haben wir den Beweis zu liefern, daß der Staat die unabweibare Pflicht hat, mit der ihm von der Gesellschaft übertragenen Macht einzuschreiten, um eine Umgestaltung der wirthschaftlichen Einrichtungen herbeizuführen, die den Staat selbst befähigen, den humanen Zweck zu erfüllen, den die Gebildeten und Gerechten der Gesellschaft als seine einzige Aufgabe bezeichnen und der in nichts Geringerem besteht, als in der Sorge für das materielle und geistige Wohl Aller. Flüchtig hatten wir diese Verpflichtung allerdings schon erwähnt: aber es gilt, einen gründlichen Beweis zu führen; deshalb gestatte ich mir, darauf zurückzukommen. Wenn der Staat die Pflicht haben soll, einzuschreiten für eine bestimmte Classe seiner Angehörigen, so muß zuerst nachgewiesen werden, daß diese Classe sich wirklich in einer gedrückten Lage befindet und daß sie sich entweder gar nicht oder nur ganz langsam und nur theilweise durch eigene Anstrengung aus der sie drückenden Lage befreien kann. Hören wir den Bericht der Commission, die aus Senatoren und Mitgliedern der Volksvertretung in Massachusetts gebildet wurde, als die Arbeiter auf gesetzliche Feststellung der 8 Stundenarbeit antrugen, denn unsere Zustände sind den dortigen gleich:

„Das Comité war sicher mit Recht betreten bei der Wahrnehmung, daß inmitten eines beispiellosen Wohlstandes, eines entschiedenen Fortschrittes der Künste und Wissenschaften, der Vervollkommnung aller Maschinen, welche die Arbeit vereinfachen, inmitten aller möglichen neuen Erfindungen der Mensch, der Schöpfer, die erste Ursache aller dieser Dinge, allein zurückgeblieben ist. Denn eben der Wohlstand, dessen wir uns rühmen, und der sich auf Alle erstrecken sollte, ist im Begriff, aus den Arbeitern selbst Maschinen zu machen, Menschen ohne Denken, ohne höheren Trieb, als wie er auch dem Sklaven gestattet ist. Führen wir einfach die eigenen Worte eines Arbeiters an, welcher sagte: „Wir sind Sklaven, erschöpft von der Arbeit, abgenüßt und entkräftet, und da wir keine Zeit haben, Geist und Herz zu bilden, ist es überraschend, daß wir herabgekommene, unwürdige Nichtwisser sind?“ Ein Anderer sagte: „Ich habe einen Sohn, den ich lieber im Sarge sehen würde als in einer Fabrik, um Alles zu leiden, was ich gelitten habe, und mehr zu erdulden“

als ein Sklave in dieser verdorbenen und erniedrigenden Umgebung.“ Es war peinlich, von allen Denen, die uns aufzuklären bereit waren, über die reißende Entfittlichung unseres Arbeiterstandes, der die Grundlage unseres nationalen Lebens bildet, das Nämliche hören zu müssen; peinlich war es, einen bestätigenden Blick thun zu müssen in das Herabgekommensein, in den immer tieferen Ruin und Verfall des Menschengeschlechts, das doch unvergänglich und unsterblich sein soll. Die müssliche und stolze Unabhängigkeit des Arbeiters von ehemals hat einer sklavischen und feilen Gesinnung Platz gemacht; an die Stelle der Selbstachtung und Intelligenz sind Mangel an Selbstvertrauen und wachsende Unwissenheit getreten, statt des ehrenwerthen Stolzes auf die Würde der Arbeit hat das Gefühl völliger Unterordnung, statt des Erbes, sich in der Mechanik zu vervollkommen, der Ekel an einer untergeordneten Beschäftigung allgemein Platz gegriffen. Statt eines Adelsdiploms hastet an der Arbeit das Brandmal der Sklaverei.

Die Mitglieder des Comité's sind daher sehr überzeugt, daß wenn unsere Nation von sicherem Unglück und Untergang bewahrt, wenn der industriellen Wissenschaft ihre praktische Anwendung gerettet, wenn der Gesundheit, dem Leben und der Sittlichkeit des Volkes Rechnung getragen werden soll, wenn wir endlich unsern Nachkommen die kostbaren Güter der Freiheit und der „Selbstregierung“ sichern und hinterlassen wollen, wir die Wichtigkeit der Frage begreifen und ihr Gerechtigkeit widerfahren lassen müssen — wenn nicht aus Menschenliebe, so doch aus Eigennuz.

**Wehe dem Volke, dessen Reichthümer steigen, und die Menschen sinken.“**

Klopft an die Thüren der armen Weber, geht in die Hütten der Bergleute, fragt an beim Proletariat der großen Städte Deutschlands, ob Euch nicht solche Schmerzensschreie wie die der Arbeiter in Massachusetts entgegen tönen werden! Fraget, ob sie im Stande sind, zu sparen, und diese Aermsten werden vielleicht die Frage an Euch richten, die einst ein Arbeiter Leipzigs in öffentlicher Versammlung dem als Freund der Arbeiter so hoch gepriesenen Schulze=Deligisch vorlegte: „Wie soll ich es anfangen zu sparen? ich verdiene 2 Tblr. 20 Sgr.; Miethe, Schulgeld, Steuern, Kleidung zc. nehmen so viel vorweg, daß mir nicht genug übrig bleibt, mich, meine Frau und vier Kinder nothdürftig zu ernähren.“ Wir Socialisten können bei Gott nicht dieselbe Antwort geben, die jener Arbeiter=Freund (?) gab. Herr Schulze=Deligisch sagte: „„Wenn Sie nicht überzeugt waren, ihre Kinder ernähren zu können, hätten Sie nicht heirathen sollen!““ — Tausend Zeugen können die Wahrheit dieses Vorfalles verbürgen. Solche Verhöhnung der all-

gemeinen Menschenrechte kann uns nicht überzeugen, daß der Arbeiterstand sich selbst helfen kann, die gedrückte Lage desselben scheint uns aber genügend constatirt zu sein und so wenden wir uns denn nun zu einer anderweitigen Begründung der Behauptung, daß der Staat verpflichtet ist, zum Wohle der Massen einzuschreiten.

„Die socialen Einrichtungen Europa's nehmen ihren Anfang von einer Eigenthumsvertheilung, die nicht das Ergebniß einer gerechten Theilung oder der Aneignung durch Erwerbsthätigkeit, sondern von Eroberung und Gewaltthätigkeit war. Sie haben ein Eigenthum über Dinge festgestellt, die nie Eigenthum hätten werden sollen, und ein unbedingtes Eigenthum da, wo nur ein bedingtes Eigenthum stattfinden sollte. Die Gesetze haben die Waagschale zwischen den verschiedenen Classen nicht nach Recht und Billigkeit gehalten, sondern haben Einigen Hindernisse in den Weg gelegt, um Andern Vortheile zu gewähren; sie haben absichtlich Ungleichheiten begünstigt und verhindert, daß alle beim Wettlauf gleichmäßig gestellt sind.“

Die Grundlage, auf welche unsere heutigen staatlichen Einrichtungen fußen, sind also nach John Stuart Mill Eroberung und Gewaltthätigkeit, und das Zeitalter des Faustrechts hat wahrhaftig nicht dazu beigetragen, die Besitzverhältnisse nach einem gerechteren Princip zu gestalten, vielmehr hat die Gesetzgebung selbst den aus Raub und Mord der adeligen Wegelagerer stammenden Besitzstand sanctionirt und jeden Angriff auf denselben als höchst strafwürdiges Verbrechen bezeichnet. Wir wollen nicht weitläufig über das polemischen (streiten), was abgesehene Generationen an der Menschheit, der sittlichen und materiellen Existenz derselben, gesündigt haben, wir beabsichtigen durch Anführung dieser Thatsachen darzulegen, daß der Staat die Verpflichtung hat, die auf Unsittlichkeit und Inhumanität basirende Vertheilung des Vermögens dadurch zu mildern, daß er Einrichtungen schafft, welche geeignet sind, eine gerechtere, allgemeinere Vertheilung des Vermögens auf friedlichem Wege nach und nach anzubahnen. Der zwingendste Grund aber, weshalb der Staat diese Verpflichtung hat, liegt darin, daß er selbst nur durch die ihm von der Masse zufließenden Mittel existirt. Ich beziehe mich hier, um nicht zu weitschweifig zu werden, auf „Die indirecten Steuern“ von F. Laffalle und füge nur ein Beispiel aus jüngster Zeit hinzu. Das Salzmonopol soll im deutschen Zollvereinsgebiet aufgehoben, somit der Handel mit diesem Lebensbedürfniß freige-

geben werden; damit aber der Staat nicht zu kurz kommt, belegt er den Centner Salz mit zwei Thaler Steuer. Man zahlt, wenn dies noch zur Ausführung kommt, indem man ein Pfund Salz verbraucht, 6 Pfennige an den Staat, während ihm das Product selbst nur ungefähr 2 Pfennige kostet; das sind nicht weniger als 75%. Wer braucht mehr Salz, die Armen oder die Reichen? Ich behaupte, die Armen, nicht allein weil sie die Mehrzahl im Staate bilden, sondern sogar Individuum gegen Individuum gestellt, also auch verhältnißmäßig mehr. Wer weiß nicht, daß das Salz bei Tausenden, und gerade dem ärmsten Theile, die einzige Zusatz zu Brod, Kartoffeln u. bildet? „Salz und Brod macht Wangen roth!“ Jawohl sollte dies Wangen erröthen machen, aber vor Schaam, daß man dem Armen fast Alles, dem Reichen aber fast Nichts abfordert; denn bei dem Reichen sind 6 Pfennige soviel als Nichts, bei der armen Witwe im Gebirge aber ein halbes Tagelohn!

Wie mit der Steuer für Salz verhält es sich mit der Tabak-, Bier- und Branntwein-Steuer u. Die indirecten Steuern bilden die vorzüglichste Einnahme des Staates und auch die directen Steuern, soweit sie von den Reichen bezahlt werden, entrichten dieselben größtentheils nur verlagsweise für den Armen an den Staat, weil sie dieselbe nicht von ihrem sogenannten Unternehmergeinn zahlen, den der Arbeiter zwar auch durch seiner Hände Arbeit oder durch andere productive Leistung zu schaffen gezwungen ist, sondern zu den Productionskosten schlagen. Wird z. B. die Grundsteuer erhöht, so werden die Abmiether, aber nicht die Vermiether, fast durchgängig diese Grundsteuer zahlen, weil letztere den Miethzins erhöhen und zwar gewöhnlich um ein Beträchtliches mehr als der Steuerzuschlag beträgt.

Wenn nun der Staat sich ausschließlich durch die Arbeit erhält, so hat er auch die Verpflichtung, alles zu thun, was er zur Förderung der Arbeit und der Individuen, welche die Arbeit liefern, zu thun im Stande ist. Daß dem Staate diese Verpflichtung obliegt, hat man theilweise erkannt. Die Förderung der Eisenbahnen, Handelsconsulate, Polytechnische Schulen, Bankinstitute, Unterstützung einzelner Großindustries- und Privatbankgeschäfte, Seeexpeditionen zur Auffindung neuer Märkte für Exportartikel, Unterstützung für gewerbliche, landwirthschaftliche und Viehausstellungen, Staatsvorschüsse für Entjumpfung und Trockenlegung von Ländereien, an denen der Besitzlose keinen Eigenthumsantheil hat u., geben hierfür volles Zeugniß. Leider aber sind bis jetzt diese Interventionen des Staates nur den Begüterten zu Gute gekommen, und damit es auch ferner so bleibe, strengen z. B. die Eisenbahn-Gesellschaft

ten zc. alle Kräfte an, ihre Werkzeuge, und sei es auf dem Wege der Corruption, in die gesetzgebenden Körperschaften zu bringen, um sich durch dieselben als Volksvertreter die größtmögliche Staats-hülfe schamlos votiren und ihre Interessen garantiren zu lassen. Nur der Arme soll sich dieser Art Hülfe schämen.

In welcher Weise soll der Staat nun endlich auch einmal zu Gunsten der Bedürftigen interveniren (einschreiten)? Dadurch, daß er, um den Anfang socialer Reformen zu ermöglichen, Gesetze beseitigt, welche die Erwerbsgenossenschaften behindern, und an deren Stelle solche einführt, welche dem Genossenschaftswesen allen möglichen Vorschub leisten und daß er diesen Genossenschaften Credit bewilligt. Mit dem ersten Theile unserer Forderung sind auch die Manchesterländer einverstanden, das sind solche Volkswirthschafter, welche nur die individuelle Selbsthülfe als gerechtfertigt anerkennen, wie z. B. Schulze-Deleitzsch, Faucher, Adam, Smith u. A. und die, wie Herr Max Wirth, selbst die Eroberung, also die Aneignung von Besitz durch Gewalt, als eine besondere Art von Arbeit betrachten. „Die Eroberung ist nur eine andere Art von Arbeit, sie ist principiell mit der Arbeit identisch, nur ist sie die mühsamste und gefahrvollste Arbeit.“ (Max Wirth, Grundzüge d. Nat.-Def. I., S. 348 d. 2. Aufl.) Die Forderung von Staatscredit aber bekämpfen sie mit einer Leidenschaftlichkeit, daß sie sich eine Blöße nach der andern geben.

Bewilligung von Credit zur Unterstützung der sich freiwillig bildenden Betriebsgenossenschaften ist die zweite Forderung der Social-Demokratie an den Staat, um die Masse vor gänzlicher Ausbeutung durch das Großkapital zu schützen. In welcher Weise soll dieser Credit gewährt werden? Welche Garantie bieten die Associationen dem Staate? Wo soll der Staat die dazu nöthigen Gelder hernehmen? Wird der Staat durch Begünstigung der Association nicht einen Einfluß auf die Massen erlangen, der von ihm zur Unterdrückung der Volksfreiheiten verwendet werden kann? Erhalten wir dadurch nicht ein größeres Beamtenheer? Wird durch diese Associationen, wenn sie allgemein werden, der Wettbewerb nicht beeinträchtigt, welcher jetzt die Quelle des Fleißes und der Erfindungen ist? Werden die Associationen wirklich ein Mittel zur Erhöhung der Volkswohlfaht sein? Wird durch die, vermittelst der Associationen herbeigeführte Decentralisation des Capitals der Fortschritt auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft nicht behindert und so verschiedene Annehmlichkeiten des Lebens, so wie die weitere intellectuelle Entwicklung der Menschheit für die Zukunft unmöglich?

Alle diese Fragen zu beantworten, ist unsere nächste, unsere Hauptaufgabe, denn jede dieser Fragen bildet einen Einwurf, den die Gegner des Socialismus uns entgegen halten, das heißt an solchen Orten, wo wir nicht im Stande sind, zu antworten, z. B. in ihren Pressorganen, in denen sie keine Antwort aufnehmen u. dergl.

Damit keine Mißdeutung möglich ist, erwähne ich hier ausdrücklich, daß nach unserer Ansicht nicht die Regierung der Staat sein soll, sondern daß dieselbe nur als Executive (ausführende Macht) des Staatskörpers den Willen desselben in Ausführung zu bringen hat. Der Wille der Gesamtheit wird nur auf das Wohl Aller gerichtet sein! —

So wie bisher von Seiten der Regierungen, natürlich mit Zustimmung derjenigen Classen der Gesellschaft, welche ihren Vortheil dabei fanden, Staatsbanken errichtet wurden, so sollten dieselben endlich auch Volksbanken gründen, aus denen solche Erwerbsgenossen zu mäßigen Procenten Vorschüsse erhalten, die mittelst freiwilliger Vereinbarung zusammengetreten sind und zum Zweck des genossenschaftlichen Betriebs ihres Gewerbes entweder gleich bei der Gründung einen Fond einlegen, den sie nach und nach vergrößern, oder die durch statuarische Bestimmungen sich verpflichten, von ihrem Verdienst ratenweise einen Fond anzusammeln. Die Entscheidung, ob einer solchen Gesellschaft Credit von der Volksbank zu bewilligen ist oder nicht, und in welcher Höhe, ist nicht Sache der Volksbanken, sondern der Gewerbegerichte. Die Gewerbegerichte bestehen unabhängig von der Volksbank und sind mittelst des allgemeinen, gleichen und directen Stimmrechts zu wählen, wobei auch die Bestimmung getroffen werden müßte, daß mindestens die Hälfte der Mitglieder eines jeden Gewerbegerichts aus Lohnarbeiten bestehen müsse.

Diese Behörde hat die Statuten der errichteten Genossenschaften zu prüfen und zu bestätigen, wodurch die Genossenschaft sofort Corporationsrechte erlangt.

Alle Streitigkeiten innerhalb der Genossenschaften, so weit sie nicht von dieser selbst beigelegt werden können, sind von dieser Behörde zu schlichten, auch muß derselben die administrative Aufsicht über die Genossenschaften zustehen.

Die Garantien solcher Genossenschaften beruhen in der solidarischen Haftbarkeit der Mitglieder, im angesammelten Fond, vor Allem aber in der Concurrenzfähigkeit des Geschäftes und in der Affecuranz. Ueber die beiden ersten Garantiemittel glauben wir uns nicht verbreiten zu müssen, weil sie selbstverständlich für jeden

sind, der nur einigermaßen sich um das Associationswesen bekümmert hat, und die selbst von den Volkswirthschaftern Schulze'scher Richtung anerkannt werden. Etwas anderes ist es mit der Concurrenzfähigkeit und Affecuranz. Die in einer Genossenschafts-Fabrik beschäftigten Arbeiter sind zugleich die Unternehmer; aus diesem Grunde schon werden sie ihre geistigen und leiblichen Kräfte in höherem Grade, als es jetzt der Fall ist, auszunutzen suchen, weil dadurch der ihnen außer dem Arbeitslohn zufallende sogenannte Unternehmergewinn ein höherer wird; im Falle aber, daß ein derartiges Geschäft trotz dieser günstigen Chancen eine Zeitlang nicht florirte, würde immer noch kein Deficit, wenigstens nicht in dem Maße, wie in einem von selbstständigen Unternehmern geleiteten Geschäfte, entstehen, weil das Genossenschaftsgeschäft schlimmsten Falls eine Zeitlang gar keinen Unternehmergeinn abzuwerfen braucht, da sich diese Arbeiter immer noch wenigstens eben so gut stehen würden, als die für Anderer Rechnung arbeitenden, im ungünstigsten Falle aber auch opfermuthiger sein würden, ja müßten als Letztere. Es wird freilich unsern Aufstellungen entgegengehalten, daß die Arbeiter, sich selbst überlassen, darauf sinnen würden, sich der Arbeiten zu entledigen, die ihnen nicht angenehm wären; daß sie sich ferner überhaupt des ihnen zukommenden Antheils an der Arbeit zu entziehen trachten würden. Wären die Associationen, die wir anstreben, communistisch, so daß der Lohn, trotz verschiedener Leistungen, der gleiche wäre, so könnte dies zum Theil zutreffen, aber auch nur zum Theil. „Diejenigen, welche diese Einrede geltend machen, vergessen“, wie John Stuart Mill sagt, „in wie großem Umfange diese nämliche Schwierigkeit sich bei demjenigen System vorfindet, welches jetzt bei neun Zehnthellen des allgemeinen Geschäftsbetriebes vorherrscht. Der Einwand geht davon aus, daß redliche und wirksame Arbeit nur von denen zu erwarten sei, welche individuell die Frucht ihrer eigenen Anstrengung ernten sollen. Ein wie unbedeutender Theil der in England verrichteten Arbeit, von der mindest bis zu der am theuersten bezahlten, wird durch Personen beschafft, die sie zum eigenen Vortheile betreiben! Vom irischen Tagelöhner bis zum obersten Richter und Staatsminister erhält fast alle Arbeit der Gesellschaft ihre Vergütung durch Tagelohn oder festes Gehalt. Ein Fabrikarbeiter hat weniger persönliches Interesse an seiner Arbeit als ein Mitglied einer communistischen Association, da er nicht wie dieses für eine Handelsgesellschaft arbeitet, von der er selbst ein Theilhaber ist. Man wird ohne Zweifel mir entgegenhalten: obschon



die Arbeiter selbst in den meisten Fällen kein persönliches Interesse an ihrer Arbeitsleistung hätten, so würden sie doch beaufsichtigt und angestellt von Personen, die ein solches persönliches Interesse hätten, und diese verrichteten den geistigen Theil der Arbeit. Es fehlt indessen viel, daß dies im Allgemeinen stattfindet. Bei allen öffentlichen und vielen großartigen und erfolgreichen Privatunternehmungen werden nicht allein die Arbeit der Detailausführung, sondern auch die der Controle und Aufsicht festbesoldeten Beamten anvertraut. Und obschon das Auge des Herrn, wenn dieser wachsam und klug ist, seinen sprichwörtlichen Werth hat, so muß man andererseits erwägen, daß bei der socialistischen Landwirthschaft oder Fabrik jeder Arbeiter unter dem Auge nicht eines Herrn, sondern des ganzen Gemeinwesens sein würde."

Nun ist aber unser Ziel, wenigstens vorläufig, keine communistische Genossenschaft, sondern eine solche, wo der Fleiß und die Intelligenz mit der Faulheit und Dummheit auf Grund eines durch Bildung geläuterten und durch Bruderliebe gemilderten Egoismus so lange concurriren, bis die Menschheit diejenige Stufe der Entwicklung erreicht hat, welche die Einführung einer noch höheren Gesellschafts-Ordnung bedingt. Eine solche Concurrrenz ist die Grundlage einer sittlichen Ordnung, welche die heutige bei weitem übertrifft; denn heute vermag die Dummheit und Faulheit, wenn sie nur das nöthige Kapital ererbt hat, die volle Herrschaft über Intelligenz und Fleiß zu erringen, sie zum wissenlosen Sklaven, ja zur Maschine herabzudrücken, so daß ein der Gesellschaft nützlicher Wettbewerb nicht in dem Grade möglich ist, wie dann, wenn diesen beiden mächtigsten Factoren der Culturentwicklung die gleiche Waffe im Kampfe ums Leben, um des Leibes Nothdurft, beigegeben ist, die jetzt nur den Bevorzugten der Gesellschaft und einigen Glückspilzen zu Gebote steht, die Armstrongkanone der heutigen Industrie, das Großkapital!

Wir verlangen, daß das Arbeitslohn und die aus dem Unternehmergewinn erzielte Dividende unter die Arbeiter der Genossenschaftsfabrik nach Maßgabe ihrer sowohl quantitativen, als qualitativen Leistungen vertheilt werde, dann wird der Wettbewerb, welcher unter der heutigen Gesellschaftsordnung nur theilweise die Quelle des Fleißes und der Erfindungen ist und sein kann, nicht beeinträchtigt, wohl aber befördert und so zum unverstehbaren, segensreichen Born des Lebens werden. Das Menschenthum und die Arbeit wird den Sieg über das von einem bösen Zauberer, dem thierischen Egoismus, zum herzlosen, kalten, furcht-

baren Söhnen verwandelte Kapital davontragen und es wieder zu dem machen, was es von allem Anfang an sein sollte, einen, in seinem Wesen und ganzem Sein segensbringenden Diener der Menschheit.

Dadurch, daß das Lohn sowohl, als die Dividende, nach der geleisteten Arbeit bemessen werden und der Löwenantheil nicht einer Person zufällt, werden die producirten Waaren billiger und besser, weil unter Umständen, wo mit Lust und Liebe gearbeitet wird, von der gleichen Anzahl Personen mehr und besser producirt wird, als da, wo der Wille eines Andern die Triebfeder und die Befriedigung der allernöthigsten Bedürfnisse das einzig erreichbare Ziel für den Arbeiter ist, indem der Lohn für Fleiß und Mühe, im letzteren Falle wenigstens zum größten Theil, dem Dränger zu Gute kommt. Die Billigkeit und bessere Qualität der Waare machen dieselbe verkäuflicher, denn die Billigkeit ist ja die Hauptwaffe, mit der die Großindustrie die Waaren ausrüstet, um sich den Markt zu erobern, d. h. Absatz zu erzwingen. Die Concurrenzfähigkeit ist somit außer allem Zweifel; dadurch aber ist der Bestand eines Geschäftes gesicherter, als durch größeres Anlagecapital, und die Sicherheit des Geschäftes ist die beste Garantie für die Gläubiger.

Eine andere, nicht zu gering anzuschlagende Sicherheit der Associations-Geschäfte besteht darin, daß dieselben nicht durch Erkrankung, Invalidität oder Tod des Inhabers zu leiden haben, weil doch nur einem Theile der Theilnehmer diese Unfälle begegnen können, der stets aber auch durch neue, strebsame Kräfte ersetzt wird, wohingegen durch das Absterben, Erkranken &c. des Leiters eines Geschäfts auf eigene Rechnung, das nur ihm gehört, das ganze Unternehmen und somit auch die Gläubiger gefährdet werden können.

Wie jetzt das Versicherungswesen (Assicuranz) auf eine immer größere Zahl unvorhergesehener Unglücksfälle ausgedehnt wird, z. B. Feuer, Hagelschäden, Unglück zur See und auf Eisenbahnen &c., so wäre es die Aufgabe der Productiv-Genossenschaften, eine auf Gegenseitigkeit gegründete Versicherungsbank zu errichten, um alle unverschuldeten Verluste, die ja fast unvermeidlich sind, für den Fortbestand der Geschäfte unschädlich zu machen.

„Wo soll der Staat die zur Förderung der Productiv-Genossenschaften nöthigen Summen hernehmen?“ Nun, wo haben die Regierungen bisher das Geld zur Führung der nichts weniger als productiven Kriege hergenommen? ist unsere Gegenfrage. „Also eine neue Steuer“, wird man sagen; „dazu müssen aber ja die Arbeiter auch ihren Theil beitragen, und zwar, wie ihr selbst ausführt, den bei weitem größten Theil; da könnten doch die Arbeiter die Summe,

die sie zu steuern hätten, gleich freiwillig aufbringen und damit selbst eine Volksbank gründen; zu was denn erst dem Staat in die Hände fallen?" Wer verlangt denn eine neue Steuer? Wir nicht! Unser Verlangen geht vielmehr dahin, daß der Staat Ersparnisse mache, aus denen der Fond für solche Volksbanken beschafft werde. Nach einer Berechnung Sachverständiger könnten z. B. in Deutschland allein am Militairetat 800,000,000 Frs. jährlich erspart werden, wenn ein dem schweizerischen ähnliches Wehrsystem eingeführt würde. Diese Berechnung war schon einige Jahre vor dem letzten Kriege aufgestellt; seitdem ist aber das Militairbudget in allen deutschen Staaten gewachsen, so daß man die Ersparnisse in Zukunft auf eine Milliarde veranschlagen könnte. Nur 3 Jahre lang diese Ersparnisse zu dem angeführten Zwecke verwendet, und die Arbeitskraft, die fähig wäre, sich zu associiren, arbeitete mit einem Kapitale, mit dem kein anderes zu concurriren im Stande wäre. Das den Erwerbsgenossenschaften zur ausschließlichen Benützung zu Gebote stehende große Kapital, mit Hilfe dessen sie jede Concurrenz zu überwinden vermöchten, birgt wiederum eine Garantie für sich in sich selber, weil die Geschäfte, denen so große Mittel zu Gebote stehen, nicht zu Grunde gehen können, wenn dieselben außerdem die von uns angeführten Garantiemittel bieten.

Daß wir, wenn solche Ersparnisse gemacht würden, nicht für Steuererlaß sind, so lange, als die Volksbanken noch nicht im Stande sind, allen an sie gestellten, gerechten Forderungen zu genügen, hat seinen Grund erstens darin, daß bei solchem Steuererlaß sich die Kapitalisten und Arbeitgeber nimmer bequemen würden, ihren Antheil zum Besten der Emancipations-Bestrebungen der Arbeiter zu verwenden, weil sie durchaus nicht zugestehen, daß er ihnen erst durch die Arbeiter erworben worden ist, sondern ihn bona fide (in gutem Glauben) zu ihrem eigenen Wohlleben benutzen oder zu ihrem Betriebskapitale schlagen würden, mit dessen Hilfe sie eine immer größere Macht der Arbeitskraft der Gesellschaft gegenüber erlangten; zweitens würden die Arbeiter die an der Staats-Steuer ersparten Summen nicht zur Gründung eines Betriebskapitals für Erwerbsgenossenschaften steuern, sondern in ihrem individuellen Interesse verwenden, weil sie ihre Bedürfnisse jetzt nicht vollkommen befriedigen können und durch die Verhältnisse gezwungen und gewöhnt sind, aus der Hand in den Mund zu leben. Es ist daraus dem Arbeiter durchaus kein Vorwurf zu machen, denn, wie eben gesagt, die gesellschaftlichen Einrichtungen haben ihn zu dem gemacht, was er ist. Bevormundung und Unterdrückung, sowie Verkümmern der Bildungsmittel, haben seinen Willen, das Bessere dem augenblickli-

beiter verpachtet werden. Durch Zusammenlegung solcher Güter würde es möglich werden, die rationelle Bewirthschaftung, die Arbeitstheilung und die erst alsdann segensbringende Anwendung von Maschinen auch auf solche Bodenstrecken auszudehnen, wo es bisher nicht möglich war, und so wird auch eine erhöhte Production der unmittelbaren Lebensmittel stattfinden. Wenn nun durch die Associationen eine Vermehrung der industriellen und landwirthschaftlichen Erzeugnisse stattfindet, so liegt es auch auf der Hand, daß dieselben ein erhöhtes Wohlfinden der Massen zu fördern im Stande sind.

Und nun zur Rechtfertigung, warum wir die Intervention und den Credit des Staates in so ausgedehntem, großem Maße verlangen, citiren wir John Stuart Mill nochmals; er äußert sich:

„Es wäre indeß von geringem Werthe, eine der vorgeschlagenen Maßregeln anzunehmen, wenn es nicht in einem solchen Umfange geschieht, daß die Gesammtheit der Lohnarbeiter, welche auf dem bisherigen Boden zurückbleiben, im Stande ist, nicht allein Beschäftigung, sondern auch einen beträchtlichen Zuschlag zum dermaligen Arbeitslohne zu finden, wodurch sie in den Stand gesetzt werden, selbst in einem Grade der Lebensannehmlichkeit und Unabhängigkeit zu leben und ihre Kinder zu erziehen, der ihnen bisher fremd geblieben ist. Wenn die Aufgabe vorliegt, die Lage eines Volkes dauernd zu heben, so haben kleine Mittel nicht lediglich kleine Wirkungen, sondern überhaupt keine Wirkung zur Folge. Wosern nicht eine ganze Generation so an Lebensannehmlichkeit gewöhnt werden kann, wie sie es jetzt an Dürftigkeit ist, so wird nichts erreicht, und schwache Halbmaßregeln verschwenden nur die Hülfquellen, die weit besser aufbewahrt bleiben, bis der Fortschritt der öffentlichen Meinung und der Erziehung Politiker herangebildet haben wird, die nicht der Unsicht sind, daß eben, weil ein Plan Großes verspricht, es die Sache der Staatsmänner sei, sich nicht damit zu befassen.“

Schließlich erwähne ich noch einige Fragen, die man uns als unlösbare Räthsel entgegenwirft, wenn man die unbesiegbare Wahrheit unsrer aufgestellten Thesen (Streitsätze) durch Gründe zu widerlegen nicht im Stande ist:

1) Wird sich nicht aus dem vierten ein fünfter Stand entwickeln, da sich die Tagelöhner, Dienstboten, Subalternbeamten 2c. nicht associiren können?

2) Was soll mit den Kleinbürgern, Handwerksmeistern 2c. wer-

den Genuß vorzuziehen, es nicht bloß zu wollen, sondern auch zu thun, nicht zur Ausbildung gelangen lassen und das Beispiel der überwiegenden Mehrheit der Besitzenden, nur in Befriedigung des eigenen Ichs die individuelle Wohlfahrt zu suchen, hat corrumptirend, aber nicht erhebend auf den Bildungsgang der Arbeiter eingewirkt. Dies die Gründe, weshalb wir die Verwendung der Ersparnisse im Staatshaushalt in der von uns angegebenen Weise wollen; ja auch, wenn die Productivgenossenschaften durch die Volksbanken völlig in ihrem Bestehen gesichert wären, könnten wir uns noch nicht dafür entscheiden, daß die Steuern um so viel vermindert würden, als die Ersparnisse betragen. Vielmehr würden wir vorziehen, daß ein Theil derselben zur Beschaffung von Volks-Bildungsmitteln verwendet würde.

Ob der Staat durch Begünstigung der Associationen einen Einfluß auf die Massen erlangt, den er zur Unterdrückung der Volksfreiheiten auszubenten im Stande ist? Diese Frage findet ihre Beantwortung schon in der gegebenen Erklärung, daß die Entscheidung, ob und wie hoch Credit an die Genossenschaften durch die Volksbanken zu ertheilen ist, also die Creditbewilligung nicht der Regierung, sondern einem durch Volkswahlen zusammengesetzten, regierungsunabhängigen Gewerbegericht zuertheilt werden soll. Die Beeinflussung der Massen durch das Kapital sowohl, als durch die Regierungen, würde nach und nach eher abnehmen, weil der Arbeiterstand immer unabhängiger von den andern Classen der Gesellschaft und den Regierungen würde.

Erhalten wir dadurch ein größeres Beamtenheer? Allerdings würden Beamte zur Verwaltung der Volksbanken ernannt werden müssen, dafür müßte aber eine Verminderung der Beamten in der Staatsverwaltung eintreten; also durchaus keine Vermehrung der Beamten, vor Allem keine Vermehrung der Bureaucratie, indem auch die Beamten der Volksbanken, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollten, eine von der Regierungsmaschine ziemlich unabhängige Stellung haben müßten, wie man sie ungefähr für den Richterstand in Anspruch nimmt.

Daß der Wettbewerb, die Quelle des Fleißes und der Erfindungen, durch die Associationen nicht behindert wird, glaube ich schon zur Genüge dargethan zu haben; doch hören wir auch hier St. Mill, der noch eines andern Motives erwähnt, das unsre Ansicht zu unterstützen geeignet ist; er sagt: „Abgesehen von den allgemeinen Motiven würde jedem Mitgliede der Association einer der am weitesten verbreiteten und stärksten persönlichen Antriebe nahe gelegt werden, nämlich die öffentliche Meinung. Die Stärke dieses Mittels, um von einer Handlung oder Unterlassung abzuschrecken,

welche von der öffentlichen Stimme positiv verurtheilt werden, wird Niemand so leicht in Abrede stellen. Auch die Macht des Wettstreites, der zu den gewaltigsten Anstrengungen anregt, um das Lob und die Bewunderung Anderer zu erwecken, erweist sich erfahrungsmäßig überall, wo Menschen öffentlich mit einander wetteifern, selbst wo es sich um frivole und solche Dinge handelt, von denen das Publikum keinen Nutzen hat, als ein mächtiges Mittel. Ein Wettstreit, wer am meisten für das gemeine Beste thun könne, ist eine Art Concurrenz, welche die Socialisten nicht zurückweisen.“

Werden die Associationen wirklich ein Mittel zur Erhöhung der Volkswohlfahrt sein? Wir haben die feste Ueberzeugung, daß dieselben die einzige Grundlage sind, auf der die künftige Volkswohlfahrt aufgebaut werden kann. Daß die Associationen ein Universalmittel seien, wird kein verständiger Mensch annehmen, denn außer diesen werden noch viele und tiefgreifende Reformen oder Revolutionen\*) auf dem Gebiete der volkswirtschaftlichen und der politischen Gesellschaftszustände sich vollziehen müssen, bevor der Staat seinen Zweck erreicht.

Die Associationen sollen nicht nur auf diejenigen Gewerbe ausgedehnt werden, die jetzt die Production fabrikmäßig betreiben, sondern auch auf diejenigen Gewerke, die noch handwerksmäßig produciren. Dadurch wird die Arbeitstheilung vervielfältigt und dadurch auch wird es möglich werden, die Maschinen mehr als bisher und auch zum Nutzen einer Mehrheit auszubenten und so die Waaren-Production zu vermehren. Aber auch auf die Landwirthschaft kann und soll die Association ausgedehnt werden. Wir verlangen, daß die Domänen nicht mehr an einzelne Personen, sondern an die sämmtlichen auf ihnen lebenden Arbeiter in Pacht gegeben werden und ein Theil des Pachtzinses als Amortisations- (Schuldentilgungs-) Fond angelegt werde, mit dem alle zur Subhastation kommenden Güter für den Staat erworben und an die auf ihnen lebenden Ar-

---

\*) Revolution ist die Handlung, durch welche ein neues Princip an die Stelle des bis dahin herrschenden gesetzt wird. Eine solche Erhebung eines neuen Princips kann vollkommen auf legalem, friedlichem Wege vor sich gehen, kann aber auch, wenn der Partei, welche ein neues Princip an Stelle des alten zur Herrschaft bringen will, gewaltsamer Weise Hindernisse in den Weg gelegt, mit dem Schwerte in der Faust vollzogen werden. Daß wir für die friedliche, legale Umgestaltung sind, hoffe ich hinlänglich bewiesen zu haben; darum sollten die Classen der Gesellschaft, die ein großes Interesse an der Erhaltung des Friedens und des sogenannten gesetzlichen Weges haben, uns nicht mit Härte und Haß entgegentreten, vielmehr unsern Anschauungen nicht nur freie Bahn lassen, sondern auch beflüssigt sein, die Idee, die unser Jahrhundert geboren, in die Praxis überzuleiten.

beiter verpachtet werden. Durch Zusammenlegung solcher Güter würde es möglich werden, die rationelle Bewirthschaftung, die Arbeitstheilung und die erst alsdann segensbringende Anwendung von Maschinen auch auf solche Bodenstrecken auszudehnen, wo es bisher nicht möglich war, und so wird auch eine erhöhte Production der unmittelbaren Lebensmittel stattfinden. Wenn nun durch die Associationen eine Vermehrung der industriellen und landwirthschaftlichen Erzeugnisse stattfindet, so liegt es auch auf der Hand, daß dieselben ein erhöhtes Wohlbefinden der Massen zu fördern im Stande sind.

Und nun zur Rechtfertigung, warum wir die Intervention und den Credit des Staates in so ausgedehntem, großem Maße verlangen, citiren wir John Stuart Mill nochmals; er äußert sich:

„Es wäre indeß von geringem Werthe, eine der vorgeschlagenen Maßregeln anzunehmen, wenn es nicht in einem solchen Umfange geschieht, daß die Gesammtheit der Lohnarbeiter, welche auf dem bisherigen Boden zurückbleiben, im Stande ist, nicht allein Beschäftigung, sondern auch einen beträchtlichen Zuschlag zum dermaligen Arbeitslohne zu finden, wodurch sie in den Stand gesetzt werden, selbst in einem Grade der Lebensannehmlichkeit und Unabhängigkeit zu leben und ihre Kinder zu erziehen, der ihnen bisher fremd geblieben ist. Wenn die Aufgabe vorliegt, die Lage eines Volkes dauernd zu heben, so haben kleine Mittel nicht lediglich kleine Wirkungen, sondern überhaupt keine Wirkung zur Folge. Wofern nicht eine ganze Generation so an Lebensannehmlichkeit gewöhnt werden kann, wie sie es jetzt an Dürftigkeit ist, so wird nichts erreicht, und schwache Halbmaßregeln verschwenden nur die Hülfquellen, die weit besser aufbewahrt bleiben, bis der Fortschritt der öffentlichen Meinung und der Erziehung Politiker herangebildet haben wird, die nicht der Ansicht sind, daß eben, weil ein Plan Großes verspricht, es die Sache der Staatsmänner sei, sich nicht damit zu befassen.“

Schließlich erwähne ich noch einige Fragen, die man uns als unlösbare Räthsel entgegenwirft, wenn man die unbesiegbare Wahrheit unsrer aufgestellten Thesen (Streitsätze) durch Gründe zu widerlegen nicht im Stande ist:

1) Wird sich nicht aus dem vierten ein fünfter Stand entwickeln, da sich die Tagelöhner, Dienstboten, Subalternbeamten zc. nicht associiren können?

2) Was soll mit den Kleinbürgern, Handwerksmeistern zc. wer-

den? Wollt ihr sie in die Reihen der Lohnarbeiter, wenn auch in Genossenschaftsetablissemments, herabdrücken? und

3) der Haupttrumpf: Ihr gebt an, die Gleichheit zu wollen, und doch wollt Ihr ein Privilegium für den Arbeiterstand schaffen, und: ist es überhaupt möglich, daß die Mehrheit von der Minderheit ernährt werden kann?

Zu 1) lautet unsre Antwort: Da vollständige Gewerbe-freiheit und Freizügigkeit in einem social-demokratischen Staate existirt, kann Jeder sich den mit öffentlichen Mitteln begründeten Associationen, wenn diese allgemein sind, anschließen und er wird es thun, so bald die Theilnehmer der Genossenschaften eine bessere Stellung durch ihre Beschäftigung ermöglichen, als die ihrige. Der Zudrang zu den Associationen wird so lange dauern, als die Lohnquote der Nichtassociirten geringer ist, als der Arbeitsertrag der Genossenschaftsmitglieder.

Zu 2) Nicht von uns werden die Kleinbürger und Handwerksmeister um ihre Selbständigkeit gebracht und in die Reihen des Proletariats gedrängt, sondern von dem Kapital und der Großindustrie unserer heutigen Gesellschaft; denn jetzt hat das Kapital in Folge der dormaligen staatlichen Einrichtungen die Eigenschaft, sich zu concentriren, in den Händen Einzelner sich anzusammeln, so daß es zuletzt nur ganz Arme und ganz Reiche geben wird, wie solche Zustände schon längst in England in schreckenerregender Weise zu Tage treten und sich auch bei uns in Deutschland schon fühlbar machen. „Handwerk hat einen goldnen Boden“ ist ein Spruch, der wie eine Reminiscenz (Erinnerung) aus alten Zeiten an unser Ohr klingt, denn heute können die Handwerksmeister als ein ihre Lebenslage bezeichnendes Sprichwort vielmehr gebrauchen: „Handwerk schützt vor Hunger nicht!“ Und die Kleinbesitzer! Nun das große Pumpwerk Concurrenz des Kapitals saugt auch an ihnen so lange, bis sie in unsre Reihen gedrängt sind. Naturgemäß ist also ihr und unser Standpunkt, ihr und unser Feind ein und derselbe, darum auch müssen sie mit uns kämpfen; wir brauchen sie und sie uns, wenn wir nicht allesammt zu willenlosen Sklaven des Großkapitals herabgedrückt werden sollen.

Zu 3) ist die Antwort sehr kurz. Wem es von den Großkapitalisten gelüftet, an dem Privileg Theil zu nehmen, das wir für den vierten Stand, für die Arbeiter, erobern wollen, der gebrauche Hände und Kowf zu dem, zu was sie von Natur und rechtswegen da sind, zur Arbeit, und er hat das Privilegium, dem höchsten Stande angehören zu dürfen, den noch je die Welt gesehen, dessen Devise lautet: „Müßiggang ist ein Verbrechen an der Menschheit“,



dem Arbeiterstande, und er wird aller Vortheile theilhaft, die das Privilegium den Arbeitern gewährt.

Wie aber können wir das Alles erreichen?

Durch einen großartigen Act der Selbsthülfe haben wir uns in den Besitz der Macht im Staate zu setzen.

Der Kampf darum ist von Neuem entbrannt; jetzt gilt es, die Waffe, die uns dazu Noth thut, und die man uns in die Hand gedrückt, nachdem wir so lange vergebens nach ihr gelehzt, kräftiglich zu schwingen. Das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht ist uns geworden, darum, Ihr Kleinbürger, Handwerksmeister und Arbeiter, steht zu uns, die den Wahlpruch ihrer deutschen Brüder in der Schweiz zu den ibrigen gemacht, und der da lautet:

Tod der Noth!

Krieg dem Müßiggang!

Friede und Arbeit, Brod und Gerechtigkeit!

Bibliothek der FES



1046418